

Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **56 (1964)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeitschriften-Rundschau

«Das Jahr der grenzenlosen Enttäuschung» überschreibt Karl-Hermann Flach, der stellvertretende Chefredaktor der *Frankfurter Rundschau*, den Aufsatz, den er am 16. Oktober 1964 in seinem Blatt zum einjährigen Regierungsjubiläum Erhards veröffentlichte. Die Feststellungen, zu denen der angesehene unabhängige Publizist gleich vielen anderen Deutschen kommt, sind sehr bitter; etwa so:

«Ludwig Erhard ist in diesem Jahr alt geworden. Er wirkt gereizt, unkonzentriert, fahrig, unsicher, langatmig; kein Schwung geht von ihm aus, der Kräfte in Bewegung setzen und mitreißen könnte. Seine Art zu predigen, früher ein Geheimnis seiner Erfolge, fällt selbst Gutgesinnten allmählich auf die Nerven. Auf seine Wohlanständigkeit, in den ersten Wochen als Kontrast zur vergangenen Ära Adenauer dankbar empfunden, wirkt mit der Zeit als schwächerer Ersatz für einen weiten Blick, eine klare Konzeption und einen festen Willen. Die Ära Adenauer ist versunken, aber keine neue Ära hat begonnen. Zwischen ‚Volkskanzler‘ und ‚Parteikanzler‘ hat Erhard seine Kräfte zerrieben.»

Gerade zum einjährigen Regierungsjubiläum Erhards haben in fünf deutschen Bundesländern Kommunalwahlen stattgefunden. Sie sind in großen und kleinen Gemeinden, in Ländern mit sozialdemokratischer und in solchen mit CDU-Mehrheit mit einer noch selten erlebten Eindeutigkeit ausgefallen: zugunsten der Sozialdemokraten, zuungunsten der Regierungsparteien. Alle Kommentare unterstreichen das; als Beispiel sei zitiert, was der Bonner Korrespondent der Basler *National-Zeitung*, H. Flügge, am 27. Oktober 1964 in seinem Blatt dazu sagt:

«Die Existenz des gleichen Trends in fünf konfessionell und soziologisch sehr unterschiedlich strukturierten Bundesländern war so eindeutig, daß er sich mit kommunal- oder landespolitischen Gründen nicht erklären läßt. Den Sozialdemokraten muß jetzt wohl zum erstenmal seit 1949 eine reelle Chance für 1965 eingeräumt werden, zumal es die CDU-CSU nicht leicht

haben wird, alle innenpolitischen Versäumnisse wettzumachen. Mit der Popularität von Volks- und Maßhaltkanzler Erhard scheint es auch nicht mehr zum besten bestellt. Die Erfahrung der Wähler, daß häufig auf eine etwas bombastische Härte des Kanzlers Nachgiebigkeit oder eine völlige Sinnesänderung folgten, kann nicht für den Regierungschef sprechen.»

Eine Frage, die zurzeit die Bürger Westdeutschlands beschäftigen muß, ist das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel. Es kann für einen Schweizer Leser kaum verständlich sein, daß ausgerechnet Deutschland zwar jeden neugegründeten Staat Afrikas oder Asiens nach 24 Stunden anerkennt, bis heute aber zu dem seit über 15 Jahren bestehenden Staat Israel keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Die offen zugegebene «Begründung», daß man leider von den arabischen Staaten erpreßt werde, die mit der Anerkennung der DDR drohen, kann unmöglich akzeptiert werden. Das jahrelange Drängen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderer demokratischer Organisationen hat bisher nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Die total verfahrenere Situation charakterisiert Joachim Besser im Leitartikel des liberalen *Kölner Stadt-Anzeigers* vom 27. Oktober 1964 wie folgt:

«Der Zustand unseres Verhältnisses zu Israel ist beklagenswert. Die Bundesrepublik war bisher außerstande, die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler und Techniker für Ägypten Aggressionspläne gegen Israel zu verhindern. Sie suchte sich vor einer Entscheidung durch die Hintertür zu drücken, indem sie Meldungen in die Welt setzte, daß deutsche Firmen diese Leute zurückengagierten. Probst Grüber kontierte diese Behauptung mit der Feststellung, es sei ja wohl Augenwischerei, so zu tun, als sei das Problem gelöst, wenn man fünf Leute zurückhole, während weitere 150 in Ägypten blieben.»

Man muß festhalten: Die Regierung weicht allen offiziellen Schritten aus, schiebt längst notwendige Entscheidungen auf die lange Bank und hofft auf

Wunder. Man muß ebenso festhalten: Unter der Hand tut die Regierung einiges. Sie gibt Geld, sie will auch Geld geben nach Ablauf des bisherigen Abkommens, sie liefert auch militärisches Gerät und bildet israelische Soldaten daran aus. Sie ist also völlig inkonsequent. Das richtige wäre: Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wirtschaftliche Hilfe und Verweigerung jeder militärischen Unterstützung sowohl an Israel als auch an Aegypten, sei sie direkt oder technisch-wissenschaftlich.

Politik über die Hintertreppe mag wie kluge Taktik aussehen. Am Ende wird man es durch solche Unklarheit mit allen verderben.»

*

Nach den englischen Wahlen haben zwei Abgeordnete der Labourpartei, Wyatt und Donnelly, vorgeschlagen, die sehr schmale Basis der Labourregierungsmehrheit durch ein Bündnis mit den Liberalen zu verbreitern. Dieser ganz unrealistische Vorschlag zweier Abgeordneter ist von der bürgerlichen Presse, gerade auch in der Schweiz, aufgebauscht und hochgespielt worden. Es ist deshalb gut, daß der Londoner Korrespondent des «*Volksrechts*» (Zürich), Dr. J. W. Brügel, in der Nummer vom 27. Oktober 1964 die Sache ganz klarstellt:

«Wyatt und Donnellys Vorschläge sind nicht realisierbar. Man kann es bedauern, daß ein fähiger Politiker wie Grimond von jedem Regierungsamt ausgeschlossen sein soll, aber Grimond weiß sehr gut, daß er sich sein politisches Grab schaufelt, wenn er von Labours Gnaden einen Ministerposten annimmt. Die Liberalen haben darum schon abgewinkt. Die Labourpartei beantwortet den Vorschlag auf einen Pakt mit den Liberalen nicht mit Worten, sondern mit Taten. Die Verfechter eines solchen Paktes gehen von der naiven Vorstellung aus, Wirtschaftspolitik sei etwas, was außerhalb der ideologischen Sphäre liege. Nun gibt

es sicher Maßnahmen, die eine Regierung jeder politischen Zusammensetzung treffen muß. Aber die Existenzberechtigung einer Labourregierung liegt ja eben darin, daß sie einen spezifischen, einen sozialistischen Ausweg aus den Schwierigkeiten des Tages zeigt und dem Lande beweist, daß es durch sozialistische Methoden gesunden kann. Darum werden schon im Programm für die erste Parlamentssession, an dem jetzt gearbeitet wird, Maßnahmen ‚umstrittenen‘ Charakters enthalten sein. Eine Regierungsvorlage zur Wiederverstaatlichung der Stahlindustrie wird dem Unterhaus schon in absehbarer Zeit vorliegen, und man geht mit Absicht an diese Aufgabe heran, solange die Regierung Wilson frisch und unverbraucht ist. Schließlich will sie ja auch die Früchte solcher sich nicht sofort auswirkender Maßnahmen genießen.»

*

In der neuesten Ausgabe der «*Mitteilungen für Funktionäre*» (Nr. 9), die vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft *Druck und Papier* in Stuttgart herausgegeben werden, findet sich eine sehr gründliche Untersuchung über das Verhältnis der «*Moralischen Aufrüstung*» (Caux) zu den Gewerkschaften; diese genau dokumentierte Arbeit verdient gerade auch in der Schweiz Interesse.

Die «*Freie Gewerkschaftswelt*», die deutschsprachige Monatszeitschrift des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (Brüssel), legt mit ihrer Nr. 171 (September 1964) ein besonders interessantes Heft vor. Wir verweisen vor allem auf die Würdigung der Genfer Konferenz über Handel und Entwicklung durch Paul Barton, einen Bericht über die Lage der christlichen Gewerkschaft in Frankreich (André Bergeron), einen Aufsatz über Wirtschaftsplanung in Mexiko von J. Sanchez Madariaga sowie einen Beitrag von Albert Carthy über «*Die Sozialistische Internationale nach hundert Jahren*».

Dr. Walter Fabian.

«*Gewerkschaftliche Rundschau*», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, 3000 Bern, Telefon (031) 45 56 66, Postscheckkonto 30-2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 14.—, Ausland Fr. 16.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 7.—. Einzelhefte Fr. 1.50. Druck: Unionsdruckerei Bern.